



## „Das muss drin sein“: Übersicht über kommunale Anträge und Anfragen zum Thema Beschäftigtenrechte in Kommunen

### Inhaltsverzeichnis

Vorweg.....	1
Anfragen und Anträge zum Thema Leiharbeit und Befristung .....	1
Anfragen und Anträge zum Thema Kommunale Beschäftigung.....	3
Anfragen und Anträge zum Thema Kommunaler Vergabe- und Beschaffungsprozess .....	3

### Vorweg

In der Aktionsphase „Befristung und Leiharbeit stoppen!“ im September 2015 stehen als Zielgruppe vor allem junge Menschen und als zentrales Thema Beschäftigtenrechte im Mittelpunkt. Überschneidungen zwischen den Zielgruppen und Themen innerhalb dieser Aktionsphase sowie mit den Zielgruppen und Themen der weiteren Aktionsphasen lassen sich sicher nicht zu vermeiden. Dennoch sollten die weiteren Aktionsphasen im Blick sein, um sich thematisch fokussieren zu können:

- in der Adventszeit die Themen Hartz IV, (Kinder-)Armut und Stromsperren – was sich teils mit dem Thema Wohnen überschneidet sowie
- im März 2016 soziale Dienstleistungen, vor allem Gesundheit, Kita, Bildung und Pflege – was sich teils mit der generellen Zielgruppe Familien und Kinder überschneidet.

Im Folgenden werden beispielhaft Anfragen und Anträge dokumentiert, die in den Kommunen im Rahmen der Kampagne genutzt werden können. Gegliedert sind diese in die Themen Leiharbeit und Befristung, kommunale Beschäftigung und kommunaler Vergabe- und Beschaffungsprozess, wobei inhaltliche Überschneidungen möglich sind.

Die Anträge und Anfragen entstammen der [LINKEN kommunalen Antragsdatenbank](#), das konkrete Dokument ist direkt online verlinkt.

### Anfragen und Anträge zum Thema Leiharbeit und Befristung

[Musteranfrage: Leiharbeit und befristete Beschäftigung im Öffentlichen Dienst und bei den kommunalen Gesellschaften](#)

Die Musteranfrage aus Mecklenburg-Vorpommern fragt Rahmendaten zu Leiharbeit und Befristungen im Öffentlichen Dienst und bei den kommunalen Gesellschaften ab, um diese öffentlich zu thematisieren und zu skandalisieren.



## [Anfrage: Zeit und Leiharbeit in der Kommune](#)

Leih- und Zeitarbeitsverhältnisse haben sich in der Vergangenheit entgegen der ursprünglichen Zielsetzung zu einem Instrument des Lohndumpings entwickelt. In letzter Zeit nehmen auch vermehrt Kommunen die Dienste von Leih- und ZeitarbeitnehmerInnen in Anspruch. Die Anfrage der Linksfraktion Bonn dient vor diesem Hintergrund dem Zweck, die kommunale Praxis auf diesem Feld zu veröffentlichen und zur politischen Diskussion zu stellen.

## [Antrag: Vorlage Bericht zur Leiharbeit](#)

Eine neue Studie „Leiharbeit in Bayern: Unreguliert – Unterbezahlt – Unsicher“ des DGB liefert erschreckende Ergebnisse zum aktuellen Stand der Leiharbeit in Bayern. Der Antrag der LINKEN. München fordert einen Bericht zur Nutzung von Leiharbeit in der Verwaltung bzw. in den städtischen Beteiligungen.

## [Anfrage: Leiharbeit in städtischen Betrieben](#)

DIE LINKE in München wollte wissen, in welchem Umfang städtische Betriebe Leiharbeitskräfte einsetzen. In der Antwort auf seine Anfrage betont Oberbürgermeister Ude, dass in den städtischen Gesellschaften Leiharbeitskräfte in nur sehr eingeschränktem Maße, in Ausnahmefällen eingesetzt werden. Eine detaillierte Aufstellung - siehe Anlage - zeigt allerdings doch, dass in den städtischen Betrieben zwischen 350 und 450 Leiharbeitskräfte beschäftigt werden.

## [Antrag: Analyse zur Vergabe von Leiharbeit in der Stadtverwaltung, den Eigenbetrieben](#)

Der Antrag der LINKEN Stadtratsfraktion Leipzig fordert die Erstellung einer Analyse zur Vergabe von Leiharbeit in der Kommune und den Eigenbetrieben. „Allein im Jahre 2011 habe der Bund schlecht verdienende Leiharbeiter mit insgesamt 307,6 Millionen Euro aufstockenden Hartz IV-Leistungen unterstützt...“ (Zitat aus DIE WELT vom 27.02.2013: „Staat subventioniert Leiharbeit mit Hartz IV“) Die Stadt als Eigentümerin und Gesellschafterin sollte deshalb darauf bedacht sein, dass sie selbst und ihre Unternehmen hierbei eine Vorbildrolle einnehmen.

## [Antrag: Kein Einsatz von Zeit und LeiharbeiterInnen in der Verwaltung und städtischen Betrieben](#)

Die LINKE Bürgerschaftsfraktion Lübeck beantragt, dass keine Zeit- und Leiharbeiter über Leiharbeiterfirmen in der Verwaltung und den städtischen Betrieben beschäftigt werden.



## [Antrag: Leiharbeit in den städtischen Kliniken abschaffen](#)

Antrag der LINKEN Stadtratsfraktion München, Leiharbeit und andere prekäre Beschäftigungsformen in den städtischen Kliniken abzuschaffen. Der Antrag fordert, dieses in die Unternehmensziele der Kliniken festzuschreiben und entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

## **Anfragen und Anträge zum Thema Kommunale Beschäftigung**

### [Antrag: Einstieg in das Projekt kommunale Vollbeschäftigung I](#)

Antrag der LINKEN-Fraktion Frankfurt am Main, die Essensversorgung für städt. Einrichtungen wieder zu rekommunalisieren durch den Einstieg in ein Projekt „angepasste Arbeit“, um die Essensversorgung und -qualität zu verbessern sowie die Kosten zu reduzieren.

### [Antrag: Kein Lohndumping in stadteigenen Betrieben](#)

Der Antrag der LINKE und Piraten Fraktion Wiesbaden fordert die Stadt auf, die stadteigene Lohndumpingfirma im Bereich des ÖPNV aufzulösen und alle Beschäftigten gleich zu behandeln.

### [Antrag: Mindestlohn und Tarifbindung in kommunalen Betrieben](#)

Antrag der Kreistagsfraktion Main-Kinzig: Das schlechte Beispiel, dass sich immer mehr Firmen aus den Tarifverbänden verabschieden, darf kein Vorbild für die Politik der Kommune oder des Kreises und der zugehörigen Tochtergesellschaften und Beteiligungen sein. Immer mehr Menschen können von ihrem Job nicht leben. Es ist an der Zeit, diesen Trend umzukehren und dort, wo es der Kommunalpolitik möglich ist, einen Mindestlohn, von dem man leben kann, umzusetzen.

### [Anfrage: Situation von Ein-Euro-Jobbern](#)

Anfrage mit Antwort der Verwaltung zur Situation von Ein-Euro-Jobbern im Landkreis Schaumburg.

## **Anfragen und Anträge zum Thema Kommunaler Vergabe- und Beschaffungsprozess**

### [Antrag: Beschluss zur Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte beim gesamten Vergabe- und Beschaffungsprozess](#)

Das neue hessische Vergabegesetz stellt nur allgemein fest, dass bei der Vergabe soziale und ökologische Aspekte berücksichtigt werden können. Konkretes wird nicht genannt. Diese



Lücke hat nun mit den Stimmen der Koalition von SPD und Alternativer Liste Alsfeld die Alsfelder Stadtverordnetenversammlung geschlossen. Der Beschluss sieht vor, insbesondere auf die Bereiche der Tariftreue, der Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der Gleichstellung von Männern und Frauen (z.B. die Entgeltgleichheit bei gleicher Arbeit), Beteiligung an der Erstausbildung und die umweltverträgliche und energiesparende Beschaffung geachtet werden.

## [Antrag: Anwendung der EU Richtlinie 1370 bei Ausschreibungen für den sozialen Schutz der Beschäftigten im Personennahverkehr](#)

Antrag der Linksfraktion Main-Kinzig: Bei der Vergabe von Leistungen im Personennahverkehr wird immer deutlicher, dass die Aufgabenträger als Vergabestellen für weniger Geld eine höhere Qualität abfordern. Unternehmen, die Lohn- und Sozialstandards respektieren, sind im Nachteil. Sowohl das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung als auch die neue Europäische Verordnung 1370/2007 gibt alle Möglichkeiten, den sozialen Schutz in einer Ausschreibung zu verlangen.